Nr. 66. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 8. Februar 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. Februar. Der Kaiser hat den Major Heinrich, von dessen Bataillon in Neisse am 10. August v. Js. mehrere Mann bei einer Schwimmübung verunglückten, und welcher deshalb zu einem Jahre Festung verurtheilt worden war, am 27. Januar begnadigt.

— Der Kaiser hat dem Geheimrath und Direktor des Zolldepartements im russischen Finanzministerium, Herrn Tucholka, den Rothen Adler-Orden 1. Klasse verliehen.

— Die „Pol. Korr." berichtet aus Konstantinopel: „Freiherr von der Goltz Pascha hat im Laufe des Sommers schon wiederholt den Sultan um seine Entlassung ersucht. Seine Gesuche wurden jedoch abschlägig beschieden und ihm mitgetheilt, daß der Sultan von seinen werthvollen Diensten noch weiterhin Gebrauch zu machen wünscht. Da nun Freiherr von der Goltz Pascha fest entschlossen ist, seinen bisherigen Wirkungskreis zu verlassen und seine militärische Laufbahn in seinem Vaterlande weiter fortzusetzen, so hat er am 15. November v. Js., gestützt auf die kontraktliche Vereinbarung, neuerdings sein Entlassungsgesuch mit einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist eingereicht und wird demnach am 15. Mai d. Js. aus dem türkischen Dienst treten. Was die Nachricht anbelangt, daß er in der deutschen Armee ein Divisions-Kommando übernimmt, so ist dieselbe jedenfalls verfrüht. Nach seinem Rangsalter könnte er höchstens mit der Führung einer Infanterie-Brigade beauftragt werden. Möglicher Weise wird er aber wieder im großen Generalstabe, dem er bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst angehörte, Verwendung finden. Die Frage seiner künftigen Dienstesverwendung in Deutschland ist aber bis jetzt gar nicht erwogen worden, sondern wird selbstverständlich erst nach seinem Austritte aus dem türkischen Dienste zur Entscheidung kommen. Freiherr von der Goltz Pascha ist bekanntlich im Jahre 1884, also zwei Jahre nach der unter Führung des Generals Kähler nach der Türkei entsandten deutschen Militärmission, nach Konstantinopel gekommen. Anfänglich nur mit der Organisation der Militärschulen beauftragt, wurde er nach dem Tode Kählers (3. November 1885) auch Sous-Chef des Generalstabes und im Januar 1886 in die neugebildete Armee-Reorganisations-Kommission berufen. Freiherr von der Goltz Pascha hat auf allen diesen Gebieten Hervorragendes und zweifellos mehr geleistet, als irgend einer seiner Vorgänger.

— Die von Herrn Ruprecht-Ransern angeregte agrarische Vereinigung soll auf einem am 18. Februar abzuhaltenden landwirthschaftlichen Parteitag gegründet werden und den Namen „Bund der Landwirthe" erhalten. Herr von Plötz-Döllinge, der Vorsitzende des deutschen Bauernbundes, der an die Spitze des vorbereitenden Komitees gestellt worden ist, theilt dies der „Kreuzztg." mit und fordert alle „dieser Bewegung sympathisch gegenüber stehenden Landwirthe" auf, Geldbeiträge einzuschicken. Bisher sind von den Theilnehmern der am Sonnabend abgehaltenen Versammlung 9135 Mark gezeichnet worden.

— Die Minorität der konservativen Partei im Wahlkreise Liegnitz, welche den Grafen Rothkirch-Trach als ihren Kandidaten aufstellt, hat einen Wahlaufruf erlassen, in dem es u. A. heißt: „Ueber der Rücksichtnahme auf Zeitströmungen und über wahltaktischen Erwägungen steht uns die Wahrung des konservativen Prinzips." Die beiden, in dem Wahlkreise erscheinenden konservativen Zeitungen, die „Liegnitzer Ztg." und das „Haynauer Tageblatt", haben sich dem Aufruf angeschlossen.

— Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags beschäftigte sich gestern mit der Wahl des Abg. Ahlwardt (Antisemit). Der Hauptpunkt, um den die Debatte sich drehte, war die Unterschrift des Landraths von Bornstedt unter dem Aufruf für Ahlwardt. In derselben wurde die Frage, ob eine amtliche Beeinflussung vorliege, bestritten und die Bethätigung des Landraths von Bornstedt für Ahlwardt mit 8 gegen 3 Stimmen als unerheblich erachtet. Die Entscheidung über die Gültigkeit dieser Wahl steht noch aus.

Glogau, 7. Februar. (W. T. B.) Der „Deutsch-patriotische Verein" zu Groß-Glogau hat einstimmig beschlossen, die Erklärung des „Patriotischen Vereins" zu Frankfurt a. M. zu Gunsten der Militärvorlage ganz und voll zu der seinigen zu machen.

Posen, 7. Februar. Die Maßnahmen und Einrichtungen zur Abwehr der Choleragefahr, welche auf landespolizeiliche Anordnung im Sommer und Herbst des Vorjahres getroffen werden mußten, haben für den Regierungsbezirk Posen einen vom Staate zu tragenden Kostenaufwand von 79 812 Mark erforderlich gemacht.

Elberfeld, 7. Februar. Die Stadtverordneten beschlossen, eine Anleihe von 13 800 000 Mark zur Bestreitung der Kosten von städtischen Bauten, Grunderwerbungen und Anlagen aufzunehmen.

Hamburg, 7. Februar. (W. T. B.) Aus Altona wird amtlich mitgetheilt, daß bei drei am 5. und 6. d. Mts. erkrankten Personen die bakteriologische Untersuchung Cholera ergab. In Hamburg ist auch heute wieder kein Cholerafall vorgekommen.

Leipzig, 7. Februar. Nach den Veröffentlichungen über die Einschätzung zur Einkommensteuer befinden sich unter den 150 000 Leipziger Steuerzahlern rund zweihundert Millionäre. Nicht mitgerechnet dabei sind die juristischen Personen (Aktien-Gesellschaften 2c.). Das höchste Einkommen eines Steuerzahlers überhaupt betrug 376 000 Mark. Unter den Millionären waren achtzig Personen vorhanden, die mehr als 100 000 Mark Einkommen aufzuweisen hatten.

München, 7. Februar. Unter dem Ehrenvorsitz des Prinzen Ludwig von Baiern findet Ende März hier eine große Versammlung des baierischen Schifffahrtsvereins statt. Auf die Tagesordnung sind die Mainkanalisirung, die Verlängerung der Mainkette und der Donau-Main-Kanal gesetzt.

München, 7. Februar. (W. T. B.) Der Minister des Innern Freiherr von Feilitzsch entsandte heute einen Ober-Baurath nach Regensburg, unter dessen Leitung die Donau-Eismassen vermittelst Dynamit losgesprengt werden sollen.

Stuttgart, 7. Februar. Namens der Stadt Stuttgart überbrachte heute der Stadtvorstand Rümelin dem herzoglichen Paar Albrecht und Margaretha eine Begrüßungsadresse. Beim gestrigen Familiendiner brachte der König in herzlichen Worten einen Trinkspruch auf die Neuvermählten aus. Heute ist im Residenzschloß großer Hofball.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Februar. (W. T. B.) Die „Politische Korrespondenz" erfährt, von einem angeblichen Gegenbesuche des italienischen Geschwaders in Pola sei in Marinekreisen nichts bekannt.

Schweiz.

** Die Mißstimmung der Schweizer gegen Frankreich erobert sich in den Herzen der Eidgenossen tagtäglich neues Gebiet. Es scheint aber auch, als ob man es in Paris absichtlich darauf anlegte, die Schweizer durch Vernachlässigung der elementarsten Höflichkeitsregeln des internationalen Verkehrs vor den Kopf zu stoßen. Ein Vorgehen französischerseits, das auf schweizerischer Seite außerordentlich viel böses Blut macht, wird aus Savoyen bekannt. Die dort auf französisches Gebiet übertretenden Reisenden sind ganz plötzlich, auf telegraphische Weisung aus Paris, einer Steuer unterworfen worden, nach Art derjenigen, welcher die französischen Handlungsreisenden auf schweizerischem Boden unterliegen. Der Unterschied ist nur der, daß diese Steuer in der Schweiz auf Gesetz beruht, und die Anwendung der betreffenden Vorschrift auf französische Handelsreisende der Pariser Regierung rechtzeitig vom Berner Bundesrathe mitgetheilt wurde, während man in Frankreich diese Maßregel auf dem Verwaltungswege improvisirte, und weder die Berner Zentralregierung noch den schweizerischen Gesandten in Paris davon verständigte, obwohl nach den bestehenden Abmachungen Frankreich dazu verpflichtet war. Die Schroffheit des französischen Vorgehens wird von der öffentlichen Meinung des Schweizervolkes einmüthig und schärfstens verurtheilt.

Frankreich.

Fast abenteuerlich klingt eine Meldung, die gestern Nachmittag der Draht aus Paris gebracht hat: Auf Anregung des Finanzministers Tirard habe Herr Monchicourt, der Liquidator der Panamagesellschaft, im Einvernehmen mit dem Vertreter der Obligationsbesitzer die sofortige Wiederaufnahme der Arbeiten am Panamakanal beschlossen. Der erste Eindruck, den diese Nachricht wohl auf jeden Beobachter der Vorgänge in Frankreich erzeugen muß, ist der, daß es sich bei diesem Wiederbelebungsversuche des für immer begraben geglaubten Kanalunternehmens um einen Theaterstreich, einen politischen Schachzug handle. Die Neuwahlen für die Kammer rücken immer näher. Die 8—900 000 um ihre Ersparnisse betrogenen Gläubiger der Panamagesellschaft bilden einen wichtigen Bestandtheil der Gesammtwählerschaft, dessen Stimmen am Wahltage über Fortdauer oder Untergang der opportunistisch-republikanischen Parteiherrschaft entscheiden können. Ihnen die Hoffnung auf Vollendung des Kanalbaues und damit die Aussicht auf spätere Rückerstattung ihres Geldes eröffnen, das ist wohl das einzige Mittel, sie von dem Abfall zu Sozialismus, Monarchismus und Radikalismus abzuhalten. Was Wunder, daß das Kabinet Ribot zu diesem Mittel greift? Freilich, es ist ein verzweifeltes Mittel, das denkbar gefährlichste, aber die opportunistische Partei befindet sich in einer Lage, in der auch der verwegenste Entschluß nicht mehr schwer fällt, sofern er auch nur die mindeste Aussicht auf Rettung vor dem sonst unvermeidlichen Untergange bietet.

Wenn Herr Tirard, das heißt selbstverständlich soviel wie das Ministerium Ribot, ja soviel, wie Herr Carnot, die Wiederaufnahme der Kanalarbeiten anregt, so nimmt er damit eine kaum absehbare finanzielle, moralische und politische Verantwortlichkeit auf sich. Eine finanzielle: ein solcher Schritt heißt, den 1400 bisher unter dem Titel Panamakanalbau „verpulverten" Millionen weitere Hunderte von Millionen nachsenden. Eine moralische: Ein nochmaliger Mißbrauch des nationalen Vertrauens, wofern dasselbe überhaupt noch einmal für das Unternehmen zu gewinnen ist, müßte verheerende Wirkungen auf den öffentlichen Geist, auf das ohnehin stark erschütterte Rechts- und Sittlichkeitsgefühl der Franzosen üben, den ethischen Zusammenbruch vollenden, dessen Anfänge sich schon jetzt mit erschreckender Deutlichkeit offenbaren. Und nicht geringer ist die politische Verantwortlichkeit, die das Kabinet auf sich nimmt: ist es ihm nicht voller, ehrlicher Ernst, versagt ihm die Kraft, das wieder aufgenommene Werk zu Ende zu führen, dann ist die bürgerliche Republik, sind Staats- und Gesellschaftsform in Frankreich unrettbar verloren. Dabei mag zunächst ganz außer Erörterung bleiben, daß die moralische Bürgschaft, die die Regierung von jetzt ab für das Kanalunternehmen auf sich genommen hat, leicht zu einem Zwist mit den Vereinigten Staaten führen kann, die schon längst die Gültigkeit der Monroe-Lehre für das Kanalunternehmen auf der Landenge von Panama ausgesprochen haben und überdies mit dem Nikaragua-Kanalbau in unmittelbaren geschäftlichen Wettbewerb mit dem Lessepsschen Werke getreten sind.

Die sofortige Wiederaufnahme der Bauarbeiten in Panama bezweckt, wenn man die technische Seite der Angelegenheit ins Auge faßt, das Erlöschen der Vertragsabmachungen mit der kolumbischen Regierung zu verhindern. In dem Vertrage der Panamagesellschaft mit Kolumbien vom Jahre 1878 war als Ende der Bauzeit das Jahr 1893 vereinbart worden. Als die Gesellschaft leistungsunfähig geworden war, entsandte ihr Liquidator Herr Monchicourt, der Nachfolger Brunets in diesem Amte, Herrn Lucien N. B. Wyse nach Bogota, um einen neuen Vertrag zu Stande zu bringen. Wyse erzielte thatsächlich Ende 1890 ein neues Abkommen, das nach den Mittheilungen Dr. H. Polakowskys in seiner trefflichen Schrift „Panama- oder Nikaraguakanal?" (Leipzig-Neustadt, Verlag von A. Solbrig, 1893) folgende Bedingungen enthält: Die Baufrist wird um zehn Jahre, bis 1903, verlängert. Die für den Kanalbau zu bildende neue Gesellschaft übernimmt alle Aktiva, hat die Arbeiten endgültig anzuordnen und vor dem 28. Februar 1893 wieder aufzunehmen. Sie muß während der ganzen Bauzeit 10 000 Pesos monatlich für die Unterhaltung einer Truppenabtheilung auf dem Isthmus zahlen und die Gebäude für diese Truppen errichten. Die Regierung von Kolumbien wird die nothwendigen Enteignungen auf Kosten der Gesellschaft durchführen. Diese zahlt an Kolumbien 10 Millione Fr. in Gold, wovon $2^1/_4$ Millionen, welche die verkrachte Gesellschaft im Jahre 1883 der Regierung geliehen hat, abgezogen werden, außerdem sind 10 000 Aktien der neuen Gesellschaft zu 500 Fr. unentgeltlich der Regierung zu überlassen. Dieser Vertrag gilt als aufgehoben, wenn die neue Gesellschaft nicht gebildet wird und die Aushebungsarbeiten nicht vor dem 28. Februar 1893 wieder begonnen werden oder die gesetzlichen Vertreter der alten Gesellschaft die Aufsicht über Arbeiten und Materialien auf der Landenge vor diesem Zeitpunkte einstellen. In diesen Fällen gehen alle Arbeiten, Gebäude und Materialien ohne Entgelt in den Besitz Kolumbiens über. Es ist demnach höchste Zeit, die Bauarbeiten wieder aufzunehmen, soll nicht alles bisher Geleistete und Angeschaffte unwiederbringlich verloren gehen. Schon jetzt ist der Schaden, der aus dem jahrelangen Stillstande der Arbeiten erwachsen ist, ein ungeheurer. Seit mehr als drei Jahren stehen, heißt es in der angeführten Schrift, Tausende von Eisenbahnwagen und Karren schutzlos auf den Geleisen und Arbeitsplätzen sie sind verfault und verrostet, wie viele Maschinen, unter Sand und Schlamm begraben. Die Schienenstränge sind meist hoch mit Sand und Schlamm bedeckt, eine Folge der furchtbaren Niederschläge in der Regenzeit. Nur der kleinere Theil der Lokomotiven und Maschinen, die man in den Magazinen unterbringen konnte, dürfte noch zu gebrauchen sein. In der „Hauptstraße für den Weltverkehr" sind, so weit sie nicht unter Wasser steht, Mais und Bananen angepflanzt oder weiden Kühe.

Die Kosten für die Vollendung eines Schleusenkanals — nur um einen solchen kann es sich jetzt noch handeln — sind nach dem gewissenhaft gearbeiteten Berichte der vom Liquidator Brunet einberufenen Kommission vom Juni 1890 mit 900 Millionen Franks bei einer Bauzeit von 8 Jahren veranschlagt. Schon am 16. Januar 1893 hat eine Versammlung der Panama-Aktionäre und Obligationäre in Paris einen Ausschuß eingesetzt, der unter Mitwirkung Monchicourts eine neue Kanalgesellschaft ins Leben rufen sollte. Das Anfangskapital wurde mit 25 Millionen bemessen, die später auf 125 Millionen erhöht werden sollten. Mit diesen Mitteln ist das Werk unmöglich durchzuführen, hat man nicht sichere Aussicht, die ganzen erforderlichen 900 Millionen aufzubringen, dann wäre es besser, die Todten ihre Todten begraben zu lassen und keinen Pfennig mehr auf das unglückselige Riesenunternehmen zu wenden. Man darf gespannt darauf sein, ob und durch welche Mittel es gelingen wird, die französischen Kapitalisten nochmals für Panama zu gewinnen. Vorläufig sind die ernstesten Zweifel daran eher am Platze, als Hoffnungsfreudigkeit. Auf jeden Fall wird das „furchtbare Versäumniß", das die französische Regierung im Dezember 1888 beging, indem sie es unterließ, Klarheit und Ordnung in die Panamasache zu bringen, nur mit ungeheuren Opfern einigermaßen — nimmermehr vollständig — gut zu machen sein.

Paris, 7. Februar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Deputirte Argelies interpellirte heute die Regierung über den Ablauf des Vertrages zwischen der Panama-Gesellschaft und der Republik Columbien und forderte die Regierung auf, mit Columbien wegen Verlängerung des Vertrages in Unterhandlungen zu treten. Der Ministerpräsident Ribot erwiderte, er könne nicht an die Stelle des Liquidators der Panama-Gesellschaft treten, er werde aber den Liquidator bei seinen Bemühungen um die Verlängerung der Bau-Konzession nach Möglichkeit unterstützen. Gauthier de Clagny erklärte, die Regierung habe in der Angelegenheit eine gewisse Verantwortlichkeit und dürfe das Werk des Panama-Kanals nicht untergehen lassen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ribot protestirte dagegen, daß die Regierung hierbei eine Verantwortlichkeit habe; man wolle, daß die Regierung sich dieselbe aufbürde, damit man, falls die Panama-Angelegenheit nicht wieder geordnet werde, sagen könne, die Schuld liege an der Regierung. Er ersuche darum, daß die Kammer gegenüber der Interpellation die einfache Tagesordnung votire. (Beifall.) Der Finanzminister Tirard erwiderte auf eine Frage des Deputirten Argelies, er werde niemals gestatten, daß ein von dem Staate abhängiges Finanzinstitut sich mit der Panama-Angelegenheit befasse. (Beifall.) Die einfache Tagesordnung wurde darauf mit 374 gegen 34 Stimmen angenommen und die Berathung des Budgets fortgesetzt.

Im Laufe der Berathung über das Budget der Post- und Telegraphen-Verwaltung sprach sich Bernis tadelnd über die „Agence Dalziel" aus. Er hob hervor, daß dieselbe eine ausländische Depeschen-Agentur sei und mißbilligte, daß die Regierung ihr für die Beförderung der Depeschen eine Vergünstigung gewähre. Ein Regierungs-Kommissar legte dar, daß es sich dabei um eine technische Frage handele.

Der Boulangist Goussot beabsichtigt, in der von ihm morgen in der Kammer einzubringenden Interpellation zu verlangen, daß Rouvier vor den Staats-Gerichtshof gestellt werde.

Paris, 7. Februar. Die Panama-Skandale sind abermals in ein neues Stadium getreten. Die Anklagekammer hat gestern Nachmittag $1^3/_4$ Uhr die Einstellung des Verfahrens gegen Rouvier, Deves, Grevy, Renault und Cottu beschlossen; Proust, Beral, Dugue de la Fauconnerie, Baihaut, Sansleroy, Gobron, Blondin, Arton, Charles de Lesseps und Fontane sind vor die Assisen verwiesen worden. Um die Tragweite dieser Meldung zu erkennen, müssen wir uns zunächst daran erinnern, daß bei den ganzen Panama-Skandalen zwei verschiedene Kriminalprozesse zu unterscheiden sind. In dem am 10. Januar vor dem Zuchtpolizeigericht begonnenen Prozeß gegen Lesseps, Fontane, Cottu und Genossen wegen Vergeudung der Gelder der Panama-Gesellschaft sind die Plaidoyers beendet, und das Urtheil wird in einigen Tagen verkündet werden. Obige Meldung von der Einstellung des Verfahrens gegen Rouvier, Grevy, Deves, Renault und Cottu betrifft das gerichtliche Verfahren, welches seit länger als anderthalb Monaten wegen aktiver bezw. passiver Bestechung gegen verschiedene Parlamentarier einerseits, gegen die Verwaltungsräthe der Panama-Gesellschaft und deren Agenten andererseits schwebte. Schon der Untersuchungsrichter hatte bekanntlich gegen fünf der ursprünglich in das Verfahren einbezogenen und von den Parlamenten ausgelieferten Senatoren und Deputirten die Untersuchung eingestellt. Die Anklagekammer hat nun vier weitere Parlamentarier und den Verwaltungsrath der Panama-Gesellschaft Baron Cottu von der Anklage befreit. Letzterer wird also, auch wenn er im Panamaprozeß verurtheilt werden sollte, im Bestechungsprozeß keine Rolle mehr spielen. Im Uebrigen nimmt die Einstellung des Verfahrens gegen Rouvier das meiste Interesse in Anspruch. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Deroulede und Genossen die Befreiung Rouviers von der Anklage zu einem neuen Sturmlauf gegen das Ministerium Ribot benutzen werden. Sonst ist noch hervorzuheben, daß der flüchtige Arton, der sich, wie mitgetheilt ist, neuerdings in Deutschland aufhalten soll, vor die Geschworenen verwiesen worden ist, während dies bei Cornelius Herz, in Betreff dessen bereits das Auslieferungsverfahren in England schwebt, nicht der Fall ist.

Paris, 7. Februar. (W. T. B.) Der Senator Grevy übersandte dem Liquidator der Panamagesellschaft, Monchicourt, 20 000 Frks., welche den ihm im Jahre 1888 bei der Emission der Panama-Loose zugefallenen Syndikats-Gewinn ausmachten.

Cottu ist unverzüglich in Freiheit gesetzt worden.

Paris, 7. Februar. Wie die „Liberte" aus Marseille meldet, herrscht daselbst seit 4 Tagen eine choleraähnliche Epidemie. 50 Personen seien derselben bereits zum Opfer gefallen. Doktor Thoinot traf aus Paris dort ein, um mit den Behörden die nothwendigen Maßnahmen zu berathen. Die Bevölkerung verhält sich ruhig.

Paris, 7. Februar. (W. T. B.) Der Ministerrath beschäftigte sich heute Vormittag mit der Vorbereitung des Budgets für 1894. Dasselbe wird alle finanziellen Probleme vertagen und in fast allen Punkten dem Budget von 1893 gleichen.

Das Erträgniß der indirekten Steuern im Januar weist eine Mindereinnahme von 2 312 900 Frks. gegenüber dem Voranschlage auf und eine Mindereinnahme von 681 200 Frks. im Vergleiche mit dem Erträgniß im Januar 1892. Die Zolleinnahmen betrugen 4 026 000 Frks. weniger als der Voranschlag und 4 504 000 Frcs. weniger als im Januar 1892.

Italien.

Rom, 7. Februar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Auf eine Anfrage des Deputirten Cirmeni, welcher zu wissen wünschte, ob die Regierung in der Lage sei, der Kammer Mittheilungen von den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi im Schoße der Militärkommission des Reichstags über Italien zu machen, antwortete der Minister des Aeußern, Brin, die Sitzungen der Militärkommission seien geheim, es existire deshalb kein offizielles Sitzungsprotokoll darüber und er könnte daher die Beantwortung ablehnen, wenn Graf Caprivi nicht dem Botschafter Grafen Lanza die genaue Version dieser Erklärungen mitgetheilt hätte. Graf Caprivi habe erklärt, Niemand habe mehr als er jederzeit die Wichtigkeit des Dreibundes anerkannt; er habe sich stets bemüht, eine Politik zu befolgen, welche geeignet sei, denselben zu erhalten und zu verstärken. Die Militärvorlage sei keineswegs durch ein geringeres Vertrauen in den Dreibund und seinen militärischen Werth eingegeben, sie könne auch keinerlei Zweifel in Betreff der Dauer desselben erwecken, ebensowenig aber auch in Betreff seiner Ueberzeugung, daß selbst mit dem Dreibunde Deutschland in der Lage sein müsse, über Streitkräfte zu verfügen, welche über die gegenwärtig ihm zur Verfügung stehenden hinausreichten. Die Thatsache, daß die volle Entwickelung der deutschen Wehrkraft in Gemäßheit des neuen Gesetzes erst in 20 Jahren erreicht werden würde, sei der deutlichste Beweis, daß der Entwurf nicht der Ausfluß von Befürchtungen und politischen Erwägungen des Augenblickes sei. Minister Brin fügte hinzu, dies seien die Worte des Reichskanzlers, dies sein Gedanke, es liege weder in jenen noch in diesem etwas, das der Wirklichkeit der Lage nicht entspräche. Andere Erklärungen vermöge er dem Deputirten Cirmeni nicht zu geben.

Rom, 7. Februar. (W. T. B.) Heute am Jahrestage des Ablebens des Papstes Pius IX. fand in der Sixtinischen Kapelle ein Trauergottesdienst statt, welchem der Papst, die Kardinäle und das diplomatische Korps beiwohnten.

Großbritannien und Irland.

⊙ **London**, 6. Februar. Der durch den Telegraphen bereits gemeldete ernste Konflikt in Kismaya zwischen den englischen Behörden und den eingeborenen Somalis, deren Tribus das ganze Küstenland bewohnen, bietet Anlaß zu verschiedenen Betrachtungen. Wenn wir von englischen Behörden sprechen, so meinen wir damit selbstverständlich die britannische Kompagnie Ostafrikas, welche sich ermächtigt glaubt, in Erwartung einer eventuellen und offiziellen Intervention von England selbst das ganze Territorium, welches durch den zwischen Großbritannien und Deutschland abgeschlossenen Theilungsvertrag englische Einflußsphäre war, vorläufig zu besetzen. Schon bevor Deutschland an England seine Ansprüche an der Somaliküste abgetreten hatte, hatten die deutschen Expeditionen, welche in Afrika mit einer militärischen Strenge und Energie vorgingen, mehr als einmal blutige Gefechte mit den Somalis zu bestehen; die Entschlossenheit jedoch, mit welcher die deutschen Expeditionen vorgegangen, überzeugte die Somalis schließlich, daß sie besser dabei fahren würden, wenn sie Frieden hielten. Jedenfalls ist das, wenn auch nicht unenergisch, so doch mehr entgegenkommende Vorgehen der Engländer daran schuld, daß bei den Somalis die alten Kriegsgelüste und der traditionelle Haß gegen die Weißen wieder aufwachte. Wie dem nun auch sein mag, jedenfalls hat der Ernst der Vorkommnisse das alte Kabinet veranlaßt, direkt in einer Gegend zu interveniren, wo die englische Regierung bis jetzt jede Initiative der Ostafrikanisch-Britischen Kompagnie überlassen hatte. Während Sir Gerald Portal, der diplomatische Vertreter Englands in Sansibar ins Innere Afrikas vordringt, um die durch die Vorkommnisse in Uganda erschütterte Stellung der Ostafrikanischen-Englischen Kompagnie wieder zu befestigen, reist ein anderer offizieller Vertreter Großbritanniens nach der Somaliküste ab, wo die Kompagnie sich ebenfalls als unfähig erwiesen hat, mit den Eingeborenen in gutem Einvernehmen zu leben. Dann ist gewiß, daß der britannische Staat sich veranlaßt sieht, in allen Gegenden Afrikas, welche zum Gebiet des englischen Einflusses gehören, die Thätigkeit der Privatkompagnien, welche man bisher für fähig genug hielt, durch die direkte Aktion der englischen Regierung zu ersetzen.

Es ist ein eigenthümliches Faktum, daß das Kabinet Gladstone die Aufgabe haben muß, die Staatsautorität der Privatinitiative in Ostafrika zu substituiren, wie ihm vorher die Aufgabe zufiel, das Protektorat über Egypten zu bestärken und zu befestigen, — das Kabinet Gladstone, dessen größter Wunsch es ist, soviel als möglich jede Intervention im Auslande zu vermeiden. Jedenfalls ist es hochinteressant, und ein eigenthümliches Schicksal Gladstones, daß er sich gewungen sieht, in der auswärtigen und Kolonialpolitik eine Haltung einzunehmen, welche sogar Lord Salisbury billigte, und welcher selbst die imperialistische Regierung des Lord Beaconsfield ihre Anerkennung nicht versagt hätte.

London, 7. Februar. (W. T. B.) Oberhaus. Der Lord-Großkanzler Herschell erklärte, das Schatzamt sei vielleicht berechtigt, die Wegnahme der durch die Post in offenen Kouverts nach England kommenden Aufforderungen zum Spiel in ausländischen Lotterien anzuordnen; aber wenn nichts auf den Kouverts andeute, daß eine solche Aufforderung in den Briefen enthalten sei, so sei eine mühevolle Durchsuchung der Briefe erforderlich, und die Absender würden bald die Vorsicht gebrauchen, auf den Briefumschlägen über den Inhalt der Briefe keine Andeutung zu machen. Die Durchsuchung geschlossener Briefe sei unstatthaft; es sei daher sehr zweifelhaft, ob das Anhalten derartiger offener Lotterieankündigungen vortheilhaft sei. Er werde jedoch die Angelegenheit weiter erwägen.

London, 7. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey hob hervor, das Abkommen Englands von 1872—73, betreffend das Pamirgebiet, enthalte keine genauere Bestimmung des russischen Gebietes. Bis zum Abschlusse der jetzigen Unterhandlungen sei es nicht rathsam, Mittheilungen über die Ansichten Chinas, Afghanistans und Rußlands oder über die Vorschläge der betreffenden Regierungen zu machen; die englische Regierung werde nicht ohne sorgfältige Berücksichtigung der Ansprüche Afghanistans und Chinas handeln. Betreffs Armeniens sei es die Absicht des Sultans, im Frühjahre eine Kommission nach den asiatischen Provinzen zu entsenden, um eine Besserung der dortigen Zustände herbeizuführen.

London, 7. Februar. (W. T. B.) Nach einer dem „Reuterschen Bureau" aus Buenos-Ayres zugegangenen Drahtmeldung scheint die aufständische Bewegung unter den Ansiedlern der Provinz Santa Fé sich weiter auszubreiten. Ein Mitglied des Ministeriums der Provinz befinde sich an der Spitze der Regierungstruppen. Letztere sind zwar im Besitz der Humboldt-Kolonie, jedoch von den Aufständischen umgeben. Der Gouverneur läßt die Nationalgarde in Santa Fé mobil machen.

London, 7. Februar. Die von Mr. Burley und Sir Frederick Seagerstunt eingebrachte Alterspensionsbill schlägt 3 Klassen von Alterspensionen vor: 1. an die, welche nie Armen-Unterstützung empfangen haben; 2. an die, welche zum Theil selbst auf irgend eine Weise für ihr Alter gesorgt haben; 3. an diejenigen, welche besonderes Mißgeschick der Unterstützung würdig macht, obgleich sie nicht im Stande gewesen sind, selbst theilweise für sich selber zu sorgen. Die Pensionen variiren von 3 Sh. 6 d bis zu 7 Sh. die Woche und sollen aus einer besonderen Abgabe, der Pensionssteuer, beschafft werden. Als unterste Altersgrenze bestimmt die Bill 65 Jahre. Ausgeschlossen sind Personen, die in den vorhergehenden 15 Jahren eines Verbrechens überführt, oder die innerhalb der letzten 10 Jahre wegen Trunkenheit bestraft worden sind. Um den Alterspensionen den Charakter von Almosen zu benehmen, dürfen sie weder von den Beamten der Armenverwaltung ausgezahlt werden, noch führen sie den Verlust des Wahlrechts für den Empfänger herbei.

Der Herzog von York, der präsumptive Thronerbe, that gestern Abend seinen ersten Schritt in die Oeffentlichkeit, indem er einem von der Nationalen Gesellschaft zur Verhütung grausamer Behandlung von Kindern veranstalteten Festessen präsidirte und in seiner Rede die Ziele des Vereins darlegte.

Bisher hat der im Kohlenhandel von Wales drohende Ausstand auf dem Londoner Markt wenig Einfluß gehabt, da allgemein unter den Kaufleuten und Agenten der Londoner Kohlenbörse angenommen wird, daß der Streik bald vorübergeht. Die Vertreter der Walliser Kohlen-Bergwerke neigen der gleichen Meinung zu, da die Differenzpunkte zwischen den Besitzern und den Arbeitern sehr gering geworden sind. Diese optimistische Auffassung wird, wie es scheint, durch eine heute im Aberdarethal abgehaltene Versammlung von 5000 Grubenarbeitern bestätigt, wo eine überwältigende Majorität übereinkam, den Arbeitervertretern in der gemischten Kommission die Annahme der gleitenden Lohnskala von 1892 zu empfehlen, was ein Kompromiß zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern bedeuten würde.

Rußland.

Der Petersburger offiziöse Berichterstatter der „Polit. Korresp." tritt den überschwenglichen Erläuterungen, die von einigen Blättern an den Berliner Aufenthalt des russischen Thronfolgers geknüpft wurden, wie folgt entgegen:

Der überaus freundlichen Aufnahme, welche der Großfürst-Thronfolger Nikolaus in Berlin gefunden hat, und dem Verlaufe seines dortigen Aufenthaltes wird in den offiziellen Kreisen Rußlands eine politische Bedeutung nicht beigemessen, und auch die Preßstimmen erblicken in diesen Thatsachen nur den Ausdruck jener traditionellen Höflichkeiten wie sie bei allen ähnlichen fürstlichen Besuchen üblich sind, und bei denen sich das Herrscherhaus, das einen solchen Besuch erhält, stets bemüht, durch die auszeichnendste und wärmste Aufnahme des hohen Gastes hinter der Höflichkeit desjenigen Herrscherhauses nicht zurückzubleiben, welches sich bei dieser oder jener Feierlichkeit durch eines seiner Mitglieder vertreten läßt. Ein derartiges Verhalten ist ohne Zweifel sehr zweckentsprechend, denn es bezeugt vor aller Welt, daß die betreffenden Staaten, Regierungen und Höfe in guten Beziehungen zu einander stehen und daß somit kein Konflikt zwischen ihnen zu befürchten ist. Aber durch ähnliche Höflichkeiten

kann die Politik der beiden Reiche nicht geändert werden, welche von viel wichtigeren und wesentlicheren Faktoren abhängt. Nun haben aber die Ursachen, welche die Politik Rußlands und Deutschlands bestimmen, in der letzten Zeit keine derartige Aenderung erfahren, daß dadurch eine günstige Wendung hätte herbeigeführt werden können. Im Gegentheil sind, trotz der guten Beziehungen der beiden Staaten, Erscheinungen zu Tage getreten, welche den tiefen Gegensatz der beiderseitigen Politik nur noch schärfer beleuchten, wie z. B. der unerschütterliche Entschluß der deutschen Regierung, die Militärvorlage aufrecht zu erhalten, und namentlich die Art der Begründung dieses Entschlusses sowohl von Seiten des Reichskanzlers von Caprivi, als auch die diesen Gegenstand betreffenden Aeußerungen des Generals Waldersee. Es ist unter solchen Umständen nicht recht verständlich, wie man von der Anwesenheit des Großfürsten-Thronfolgers bei den jüngsten Hochzeitsfeierlichkeiten am Berliner Hofe eine Annäherung zwischen Rußland und Deutschland erwarten konnte. Haben doch selbst die verhältnißmäßig unter viel günstigeren Umständen stattgehabten Begegnungen zwischen dem Kaiser Wilhelm II. und dem Zaren Alexander III. in Narwa und Stettin eine derartige Annäherung nicht herbeizuführen vermocht. Die öffentliche Meinung Rußlands sieht daher auch in den Worten, mit welchen Kaiser Wilhelm II. sich in seinem letztem Trinkspruch über Rußland äußerte, nur eine glänzende Improvisation mehr, die jedoch keine praktischen Folgen haben dürfte. Man hat diese Kundgebung des deutschen Kaisers hier mit Befriedigung aufgenommen, aber nur als Beweis dafür, daß die gegenwärtigen politischen Beziehungen der beiden Reiche und daß die politische Situation eine beruhigende ist. Eine Garantie, dafür, daß die allgemeine Lage auch in Zukunft diesen Charakter bewahren werde, bietet die Rede des Kaisers jedoch nicht.

Bulgarien.

Sofia, 7. Februar. In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, die Verlobung des Prinzen Ferdinand unterbleibe vorläufig, und zwar mit Rücksicht auf den dringenden Wunsch einer Bulgarien und dem Prinzen wohlwollenden Macht, die aber zur Zeit alles vermieden wissen möchte, was in Petersburg peinlich berühren könnte. Prinz Ferdinand kehrt Ende der Woche nach Sofia zurück.

Rumänien.

Aus Bukarest, 3. Februar, bringt die „Times" die folgende Korrespondenz:

Die jüdische Frage in Rumänien taucht unter so vielen Formen auf, daß diejenigen Recht zu haben scheinen, welche sagen, daß die jüdische Frage das hauptsächliche soziale Problem im Lande werden wird. Die jüngste Phase derselben hängt mit der jetzt zur Verhandlung stehenden Reform des Elementar-Unterrichts zusammen. Hierbei will sich, scheint es, die starke antisemische Strömung im Lande Luft machen. Der Elementar-Unterricht in Rumänien ist obligatorisch und frei. Jetzt, da eine Reform der Gesetze des öffentlichen Unterrichts im Gange ist, wollen die antisemitischen Abgeordneten versuchen, die Erziehung für Alle frei zu machen, mit Ausnahme der Juden. Vielleicht werden sie ihren Eifer etwas bezähmen, wenn sie gewahr werden, daß in Folge dieser Maßregel unzweifelhaft eine Menge jüdischer Schulen erbaut und von Juden zum ausschließlichen Nutzen jüdischer Kinder werden unterhalten werden. Das würde dahin führen, die Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Rumänien, besonders in der Moldau, fester an einander zu kitten und zu verknüpfen und folglich gerade das Gegentheil des von den Antisemiten gewünschten Erfolges ihres Vorschlages haben.

Bukarest, 7. Februar. Der Prinz-Thronfolger und Gemahlin empfingen im Laufe des Vormittags mehrere Abordnungen von Damen, welche kostbare Geschenke überreichten. Am Nachmittag wurde eine Abordnung der englischen Kolonien Rumäniens unter Führung des englischen Geschäftsträgers und dessen Gemahlin empfangen, welche eine künstlerisch geschmückte und prachtvoll eingebundene Beglückwünschungsadresse überreichten. Heute Abend findet ein von der Munizipalität zu Ehren des Thronfolgers und seiner Gemahlin veranstalteter Ball im Saale des Theaters statt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Februar. Während sich Stettin z. Z. des besten Gesundheitszustandes erfreut, bringt die „Danz. Ztg." die aufregende Meldung, es seien hier zwei Neuerkrankungen an Cholera vorgekommen. Wir brauchen kaum besonders hervorzuheben, daß diese Nachricht jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt. Seit dem Erlöschen der Cholera im verflossenen Jahre ist hier weder ein Fall von Cholera, noch ein choleraähnlicher Fall vorgekommen. Der Herr Polizeipräsident Thon hat noch neuerdings ausdrücklich erklärt, daß er jede choleraähnliche Erkrankung unverzüglich zur öffentlichen Kenntniß bringen werde. Es ist nur zu bedauern, daß solche aufregenden, unwahren Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, wie dies seitens der „Danz. Ztg." geschehen ist.

— Eine Lebewesen ganz eigener Art ist der Benefiz-Bazill, welcher sich besonders in Künstlerkreisen zeigt und dort ungehindert wuchert. Die Symptome desselben sind gleichfalls eigenthümlich, die davon Betroffenen werden zunächst von einer freudigen Erregung, oft sogar von Schwärmerei ergriffen, sie bauen Luftschlösser und ein Hoffen auf unerreichbare Dinge befällt sie. Plötzlich tritt die Katastrophe ein, der Kranke (die Sachverständigen nennen ihn „Benefiziant") zeigt übermäßige Angst, Schweiß bricht aus und mit krankhafter Neugierde zieht es ihn an das Guckloch des Vorhanges, eine unüberwindbare Sehnsucht nach Menschen und Blumen befällt ihn und wenn diese nicht gestillt wird, macht sich bei dem Kranken bald Erschlaffung bemerkbar, ein stiller Schmerz tritt ein und eine Neigung zum Raisonnement auf die Undankbarkeit der Menschheit, insbesondere auf das p. p. Publikum ist vorherrschend. Dieser Zustand ist jedoch nicht von langer Dauer, dann wird der Patient ruhiger, es folgt stille Resignation, welche so lange anhält, bis sich der Benefiz-Bazill aufs neue zeigt, doch geschieht dies in den meisten Fällen nur zweimal im Jahre. Wo derselbe auftritt, wirkt er stets ansteckend, wenn jedoch schnelle Hülfe zur Hand ist, kann die Krankheit nie gefährlich werden. Diese Hülfe besteht aber allein darin, daß der Patient viel zum „Einnehmen" bekommt, allerdings von einer Arznei, die kein Arzt verschreiben kann, sondern die sich von selbst in Folge der Ansammlung vieler Menschen im Theaterraum entwickelt. — Unsere Leser werden fragen, warum wir denselben die Naturgeschichte dieses Bazills an dieser Stelle enthüllen? — Weil sich derselbe auch hier sehr stark entwickelt und in letzter Zeit besonders die Mitglieder des Bellevuetheaters ergriffen hat, neuerdings wieder Fräulein Poldi Gersa, die „niedliche" Sängerin. Dieselbe ladet für morgen Donnerstag zu ihrem Benefiz ein und hofft, daß ihr das Publikum durch ein volles Haus eine beruhigende Arznei bereiten wird, als Dank dafür will sich Frl. Gersa in zwei anmuthigen Rollen, dem „Nandl" im „Versprechen hinterm Herd" und als „Lieschen" in „Flotte Bursche" zeigen, außerdem wird für die Vorstellung noch „Staub" aufgewirbelt in Gestalt einer einaktigen Novität, welche ein uns bisher unbekannter Verfasser mit dem seltenen Namen Krüger geschrieben hat.

* Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes stand heute der Fuhrmann Max Müller aus Pasewalk vor der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Der Angeklagte führte am 17. Mai v. J. einen Wagen mit Langholz auf der Anklamer Chaussee bei Pasewalk. Dieselbe durchschneidet ein Eisenbahngeleise, auf dem gerade eine Maschine mit einigen Wagen herankam; Müller wollte noch vorher hinüberfahren, die Maschine erfaßte jedoch den Wagen und zertrümmerte dessen Hinterräder. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er das Läutesignal nicht gehört habe. Der Gerichtshof hielt jedoch eine grobe Fahrlässigkeit für vorliegend und erkannte auf 14 Tage Gefängniß.

— Der Verein ehemaliger Kameraden des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommerschen) Nr. 2 veranstaltete am Sonnabend die Nachfeier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers verbunden mit Stiftungsfest im Saale des Herrn Kempfert. Dieselbe bestand aus Prolog, Festrede, Theater-Vorstellung und Tanz. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Vereins Herr Kohn. Derselbe schilderte mit warmen Worten den Zweck und die Pflichten des Vereins und forderte die Kameraden auf, die Treue, Liebe und Anhängigkeit an Kaiser und Reich durch ein Hoch auf den Allerhöchsten Kriegsherrn zu bestätigen, worin sämmtliche Anwesende begeistert einstimmten. Nach der Theater-Vorstellung hielt Herr Oberst Graf von der Golz, welcher den Herrn Regiments-Kommandeur, sowie die Herren Offiziere des Regiments vertrat, in begeisterten Worten eine Ansprache, welche mit einem Hoch auf den Verein schloß. Bis zur späten Morgenstunde blieben die Kameraden und Gäste des Vereins in fröhlicher Stimmung vereint.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,30 Mark, Filet 1,70 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,60 Mark, Schinken 1,40 Mark, Bauch 1,40 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60 Mark, Keule 1,50 Mark, Vorderviertel 1,30 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,50 Mark, Keule 1,40 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,80 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pfennige billiger.

— Die oberen Klassen der Otto-Schule unternahmen gestern einen Winter-Ausflug auf Schlittschuhen die Oder hinauf bis Podejuch. Die Fahrt fand sehr rege Betheiligung und verlief auch in befriedigendster Weise, sie sollte jedoch noch am Schlusse durch einen sehr bedauerlichen Unglücksfall getrübt werden, welcher ein blühendes Menschenleben zum Opfer forderte. Als die Schüler auf dem Rückwege gegenüber dem hiesigen Bahnhofe anlangten, wollte der 14 Jahre alte Sohn des Friseur Neumann an ein Boot heranfahren, er bemerkte in der Dunkelheit jedoch nicht, daß an der Stelle ein Loch eingehauen war und verschwand vor den Augen seiner Mitschüler unter dem Eise. Alles Suchen nach dem Verunglückten war vergebens.

* Unsere gestrige Notiz, betreffend den Mangel an Mannschaften bei der hiesigen Feuerwehr, ist dahin zu präzisiren, daß die anzustellenden Leute Soldat gewesen und durchaus unbescholten sein müssen. Ihre Militärpapiere haben dieselben vorzulegen.

* Heute Morgen gegen 7½ Uhr entstand in dem, Papenstraße 11 gelegenen, Barbiergeschäft von Rickert durch einen Mangel des eisernen Ofens ein Brand des Fußbodens sowie einiger Möbelstücke. Eine Abtheilung der Feuerwehr löschte das Feuer mittelst eines an die Wasserleitung geschraubten Schlauches.

* Am 3. d. M. wurde im Wartesaal dritter Klasse des hiesigen Personenbahnhofs dem Kaufmann Geiseler aus Greifenhagen ein Portemonnaie mit 100 Mark gestohlen.

* Von der Kriminalpolizei wurde gestern die 16jährige Schneiderin Martha Götsch verhaftet. Dieselbe hat in mehreren Uhrmacherläden in raffinirter Weise Uhren zu entwenden gewußt, und zwar ließ sie sich unter dem Vorgeben, eine solche kaufen zu wollen, eine Anzahl Uhren vorlegen. Die Diebin gab dann gewöhnlich an, sie trage nicht genügend Geld bei sich, um sofort zu bezahlen, man möge ihr die ausgesuchte Uhr zuschicken. Die angegebenen Adressen erwiesen sich hinterher als fingirt, die G. hatte aber während des Aussuchens jedes Mal Gelegenheit gefunden, eine Uhr zu entwenden.

— Die städt. Behörden von Stargard i. P. haben für die Lehrer des dortigen Realprogymnasiums den Dienstalters-Etat angenommen.

Stadt-Theater.

Dienstag Abend gelangte Octave Feuillet's Schauspiel „Eine vornehme Ehe" zur Aufführung und fand eine sehr freundliche Aufnahme. Das Stück ist schon einige Dezennien alt und hat den Fehler, daß es die Geheimnisse einer vornehmen Ehe in etwas sehr langwieriger Weise vor dem Publikum enthüllt, ehe eine Entwickelung eintritt, andererseits hat es aber den Vorzug, daß die darin geschilderten Charaktere durchweg vornehm gehalten sind, der Dialog fesselt und das Ganze ist mit großem technischen Geschick aufgebaut. Die gestrige Darstellung war unter Herrn Haller's Regie mit großer Sorgfalt inscenirt worden. Ganz vortrefflich war Herr Thalmann, derselbe bietet stets lebensvolle Gestalten und dies bewies auch wieder sein „Gontran", ein vornehmer, leichtlebiger Ehemann, gutmüthig im Verkehr, aber voller Leidenschaft, als er den Fehltritt seiner Frau „Camilla" erfährt. Letztere fand in Fräulein Reunier eine sehr wirksame Vertreterin, sie gab dem seelischen Empfinden der mit ihrem Loose unglücklichen Ehegattin, wie der aufkeimenden Liebe zu Georges Gordon eben so beredten Ausdruck, wie dem tiefen Schmerz über das sie ereilende Geschick. Etwas störend wirkte zeitweise das Organ der Künstlerin, es verräth zu viel Pathos und zu wenig Empfindung. Sehr beifallswürdig erwiesen sich die beiden älteren Damenrollen Frau Lambois-Hartmann (Gräfin von Vardes) und Frau Lentz (Frau von Saulieu), während Fräulein von Driller als „Helene" Gelegenheit hatte, ihr anmuthiges Wesen zur vollen Geltung zu bringen, sie gab die Rolle liebenswürdig und mit zarter Zurückhaltung. Der heitere Lebemann „Marquis von Seillanes" fand in Herrn Bachmann und der ideal veranlagte „Georges Gordon" in Herrn Wendt beste Wiedergabe und Herr Froitzheim bewies mit seinem „Hektor" aufs neue ein hervorragendes Talent für jugendlich komische Partien. Auch die kleinen Rollen waren auf das beste besetzt, so daß der Gesammteindruck ein überaus günstiger war; leider ließ der Besuch der Vorstellung viel zu wünschen übrig.

R. O. K.

Aus den Provinzen.

§ **Bütow**, 6. Februar. Am vergangenen Sonnabend fand im Saale des Herrn Tinschmann hierselbst eine außerordentliche Generalversammlung des konservativen Vereins statt, zu welcher alle Gesinnungsgenossen in Stadt und Land aus allen Ständen eingeladen waren; die Versammlung war gut besucht. Der Vorsitzende des Stolp-Lauenburger konservativen Vereins, Herr Major von Braunschweig-Wollin, welcher die Versammlung einberufen hatte, hielt einen Vortrag über „den konservativen Parteitag und das konservative Programm". Am ausführlichsten wurde die Judenfrage behandelt, die auch bei der Diskussion die Hauptrolle spielte. — Abends fand im Hotel Steinhauer eine Sitzung des ökonomischen Vereins Bütower Kreises statt. Herr Demeaux-Gr.-Tuchen hielt einen längern Vortrag über den Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz in Beziehung zur deutschen Landwirthschaft. Zu der allgemeinen Versammlung aller Landwirthe des deutschen Vaterlandes am Sonnabend, den 18. Februar d. J., wurden der Vorsitzende Herr Kuschel-Damerkow und Herr Hauptmann a. D. Heyer-Moddrow deputirt.

Vermischte Nachrichten.

— Fünf Millionen Mauersteine und 50 000 Dachsteine vom königlichen Dom in Berlin werden jetzt von den Unternehmern, die die Baulichkeiten zum Abbruch erworben haben, zum Verkauf gestellt. Auch die Orgel mit ihren Blasebälgen und Pfeifen, vier Thurmuhren, zwanzig große und kleine Gasheizöfen, die Kirchenbänke, Fenster und Thüren — Alles gelangt zum Weiterverkauf. Welche enorme Mengen von sonstigen Materialien im Dom steckten, geht daraus hervor, daß die Fußbodenbekleidung 1000 Zentner Asphalt enthielt, daß in der Bedachung 600 Zentner Zink und Kupfer vorhanden waren, und ca. 1000 Fuhren „Klamotten" und Kalksteine aus dem Abbruch herauskommen.

— Wieder ein Tunnel-Projekt, und zwar eines, welches einen Tunnel unter der Newa in Anregung bringt. Der Bauabtheilung des Petersburger Stadtamts liegt ein von dem deutschen Ingenieur Hannemann ausgearbeitetes Projekt eines Tunnels unter der Newa, das in seinen Einzelheiten an den Themse-Tunnel erinnert, zur Durchsicht vor. Der eine Eingang zum Tunnel soll sich in der Mitte des Marsfeldes, der andere auf dem Kronwerski-Prospekt befinden. Der Tunnel soll vier Abtheilungen: für Telegraph und Telephon, für Fußgänger, für Equipagen und für die Pferdeeisenbahn enthalten. Die Kosten sind auf 3,300,000 Rubel veranschlagt. Im Anschluß an diese Nachricht wird nun noch mitgetheilt, daß der Hauptinspektor der Eisenbahnen im russischen Ministerium der Verkehrswege die Frage der Einrichtung besonderer Taucherkommandos, denen die Ueberwachung der unter Wasser befindlichen Theile von Bauten obliegen soll, angeregt hat. Bisher wurden diese Theile fast niemals regelmäßigen Besichtigungen unterworfen.

Aus Nordschleswig, 6. Februar. Folgender Fall von Scheintod hat sich, wie hier erzählt wird, jenseits der Grenze zugetragen. Der Altentheiler Sören Sörenzen schien nach einem kurzen Unwohlsein plötzlich im Alter von etwa 70 Jahren gestorben zu sein. Am nächsten Morgen kommen einige Nachbarinnen zu der trauernden Wittwe, um ihr bei dem Waschen der Leiche zu helfen. Der Sarg, den der Verstorbene bereits vor Jahresfrist bestellt und auf dem Boden untergebracht hatte, wurde in die Stube getragen. Die Frauen wuschen den alten Sörenzen und zogen ihm sein Todtenhemd an; der Dorfbarbier und „Kurschmied" rasirte ihn zum letzten Mal. Dann wurde der Todte in den Sarg gelegt. Die Nachbarinnen, der Schmied und die Wittwe setzten sich schließlich an den Tisch, um eine Stärkung zu genießen; dabei saßen die Besucherinnen dem Sarge gegenüber. Alle sprachen den Speisen und Getränken tapfer zu, während das Gespräch immer lauter und lebhafter wurde. Plötzlich verstummten die Nachbarinnen und erblaßten vor Schreck; aus dem Sarge tauchte der Kopf des „Verstorbenen" empor; „Mutter," sagte eine ruhige, ernste Stimme, gieb mir einen Schnaps und einen Bissen Brod!" Unter lautem Geschrei stürzten die Nachbarinnen aus der Stube; die Wittwe und der Schmied halfen dagegen dem Auferstandenen aus seinem kalten Sarg und schafften ihn ins Bett, wo er sich thatsächlich erholte.

X **Paris**, 6. Februar. (Ein Sensationsprozeß aus der Pariser Gesellschaft.) Morgen beginnen vor dem Assisenhof der Seine die Debatten des vielbesprochenen Prozesses Luna de San Pedro. Der Angeklagte, Luna de San Pedro, ist 25 Jahre alt, als Spanier auf den Philippinen geboren, einer der bekanntesten Maler von Paris, und des zweifachen Mordes und eines Mordversuchs angeklagt. Luna, welcher sich seit dem Jahre 1884 in Paris aufhält, lebte in glücklicher Ehe mit einer Spanierin, Maria de Tavera. In seinem Hause, einer Villa in der Rue Pergolese, hielt sich außerdem seine Schwiegermutter, Madame de Tavera und sein Schwager Antonio Tavera auf. Im vergangenen Juli reiste die Gattin de Luna's mit ihrem Kinde auf den Rath des Arztes nach einem Kurort, Mont Dore ab, die Briefe, welche der Künstler während der Trennung von seiner Frau erhielt, schienen ihm so gleichgültig, daß er Grund zur Eifersucht zur Eifersucht zu haben glaubte. Dieser Verdacht wurde nach der Rückkehr der jungen Frau bestärkt, welche in ihrem Betragen gegen ihren Mann vollständig verändert war. Der Ehegatte wollte die Ursache zu dieser Veränderung ausfindig machen, und entdeckte bald in einem Bekannten, welcher zu gleicher Zeit wie Madame de Luna in Mont Dore anwesend war, den Liebhaber seiner Frau. Am 10. September ertappte de Luna seine Frau in flagranti auf dem Ehebruch mit Dussacq, seinem Bekannten. Der hintergangene Ehemann verzieh seine Frau unter der Bedingung, daß sie mit ihm Paris verlassen wolle. Sowohl die Schwiegermutter als auch die beiden Schwäger de Luna's intriguirten jedoch, um die Trennung der Tochter resp. Schwester von Paris zu vereiteln. Als de Luna eines Tages entdeckte, daß seine eigene Frau in die Intrigue verwickelt sei, gerieth er in einen Wuthanfall, drang in das verschlossene Zimmer seiner Frau ein, und erschoß dieselbe mit ihrer Mutter. Die zur Hülfe eilenden Brüder konnten sich mit Noth vor dem Rasenden retten. Nach dem Verbrechen stellte sich de Luna, welcher in der Hofgesellschaft von Paris eine sehr geachtete Persönlichkeit war, selbst dem Gericht.

Athen, 7. Februar. (W. T. B.) Die Insel Zante wurde heute wiederum von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Gleichzeitig verspürte man dasselbe auf der Insel Kephalonia und in Patras.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Februar. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 758 Millimeter. Wind: W.

Weizen matter, per 1000 Kilogramm loko 145,00—152,00 bez., per Februar —,—, per April-Mai 154,50 bez., per Mai-Juni 156,00 B. u. G., per Juni-Juli 157,50 B., 157,00 G.

Roggen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 126,00—131,00 bez., per Februar —,—, per April-Mai 136,00—135,50 bez., per Mai-Juni 137,00—136,50—136,75 bez., per Juni-Juli 138,50—137,50—138,00 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm loko Märker 135—145, pomm. 135—140.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 133—138.

Rüböl behauptet, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten, flüssiges 51,00 B., per April-Mai 52,00 B., per September-Oktober 52,00 B.

Spiritus wenig veränd., per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 32,0 G., per Februar 70er 31,0 nom., per April-Mai 70er 32,3 nom., per August-September 70er 34,3 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen —,—, Roggen —,—, 70er Spiritus 31.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 148—152. Roggen 130—132. Gerste 134—138. Hafer 140—145. Rübsen —,—. Heu 2,50—3,00. Stroh 24—27. Kartoffeln 34—36.

Berlin, 8. Februar. Weizen per April-Mai 155,00 bis 154,75 Mark, per Mai-Juni 156,00 Mark, per Juni-Juli 157,25 Mark.

Roggen per April-Mai 139,00 bis 138,25 Mark, per Mai-Juni 139,25 Mark, per Juni-Juli 140,25 Mark.

Rüböl per April-Mai 53,00 Mark, per September-Oktober 53,00 Mark.

Spiritus loko 70er 33,60 Mark, per Februar 70er 32,50 Mark, per April-Mai 70er 33,40 Mark, per August-September 70er 35,10 Mark.

Hafer per April-Mai 142,00 Mark.

Petroleum per Februar 22,50 Mark.

Berlin, 8. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,70	Amsterdam kurz	—,—
do. do. 3½%	101,90	Paris kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	87,20	Belgien kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,10	Bredower Cement-Fabrik	90,50
Italienische Rente	92,30	Neu Dampfer-Compagnie (Stettin)	80,00
do. 3% Eisenb.-Oblig.	57,80	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	196,80
Ungar. Goldrente	96,75	„Union", Fabrik chem. Produkte	126,00
Rumän. 1881er amort. Rente	98,75	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,76
Serbische 5% Rente	79,50	Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	91,10
Griechische 5% Goldrente	54,00	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	100,90	Disconto-Commandit	187,25
do. do. von 1880	97,50	Berliner Handels-Gesellsch.	144,10
Mexikan. 6% Goldrente	80,00	Oesterr. Credit	174,50
Oesterr. Banknoten	168,75	Dynamite Trust	136,00
Russ. Banknoten Cassa	209,70	Bochumer Gußstahlfabrik	124,90
do. do. Ultimo	209,75	Laurahütte	96,90
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,50	Harpener	132,60
do. (110) 4%	102,25	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	117,50
do. (100) 4%	101,10	Dortm. Union St.-Pr. 6%	59,50
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,00	Ostpreuß. Südbahn	74,50
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	110,00	Marienburg-Mlawkabahn	64,60
Stett. Vulc.-Prioritäten	131,75	Mainzerbahn	115,20
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	50,00	Norddeutscher Lloyd	101,40
do. 6% Prioritäten	68,[illegible]0	Lombarden	43,10
Petersburg kurz	208,80	Franzosen	—,—
London kurz	—,—		
London lang	—,—		

Tendenz: schwach.

Paris, 7. Februar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Unentschieden.

		Kours vom 6.
3% amortisirb. Rente	—,—	98,40
3% Rente	97,97½	97,85
Italienische 5% Rente	91,25	91,12½
4% ungar. Goldrente	95,81	95,81
III. Orient	68,30	68,05
4% Russen de 1889	97,80	97,50
4% unifiz. Egypter	99,80	99,75
4% Spanier äußere Anleihe	61,50	61⅜
Convert. Türken	22,07½	21,95
Türkische Loose	92,00	91,75
4% privil. Türk.-Obligationen	446,00	445,00
Franzosen	635,00	632,50
Lombarden	220,00	217,50
Banque ottomane	585,00	583,00
„ de Paris	630,00	630,00
„ d'escompte	140,00	140,00
Credit foncier	968,00	973,00
„ mobilier	128,00	128,[illegible]0
Meridional-Aktien	610,00	612,00
Rio Tinto-Aktien	387,50	388,00
Suezkanal-Aktien	2647,00	2640,00
Credit Lyonnais	768,00	770,00
B. de France	3920,00	3920,00
Tabacs Ottom.	370,00	370,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122½
Wechsel auf London kurz	25,11	25,10½
Cheque auf London	25,12½	25,12
Wechsel Amsterdam k.	206,25	206,18
„ Wien k.	205,62	205,62
„ Madrid k.	425,00	425,00
Comptoir d'Escompte, neue	497,00	—,—
Robinson-Aktien	90,60	90,00
Portugiesen	20,31	20,50
3% Russen	78,45	78,37½
Privatdiskont	2⅛	2⅛

Posen, 7. Februar. Spiritus loko ohne Faß 50er 50,50, do. 70er 31,00. Matter. — Wetter: Schön.

Hamburg, 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 84,00, per Mai 81,75, per September 81,50, per Dezember 81,0. Behauptet.

Hamburg, 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Februar 14,45, per März 14,45, per Mai 14,55, per September 14,37½. Ruhig.

Bremen, 7. Februar. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,40 B. Baumwolle matt.

Wien, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,69 G., 7,71 B., per Herbst 7,85 G., 7,87 B. Roggen per Frühjahr 6,69 G., 6,71 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,10 G., 5,12 B. Hafer per Frühjahr 5,91 G., 5,93 B.

Amsterdam, 7. Februar. Bancazinn 55,50.

Amsterdam, 7. Februar. Java-Kaffee good ordinary 56,50.

Amsterdam, 7. Februar. Nachmittags. Weizen März 176, Mai 177. Roggen März 131, Mai 129.

Antwerpen, 7. Februar, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. u. B., per Februar 12⅝ B., per März-April 12⅝ B., September-Dezember 12⅞ B. Ruhig.

Antwerpen, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste fest.

Paris, 7. Februar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 38,50 bis 38,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 41,00, per März 41,12½, per März-Juni 41,50, per Mai-August 42,00.

London, 7. Februar. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Frost.

London, 7. Februar. 96 prozent. Javazucker loko 16,50 ruhig. Rübenrohzucker loko 14,37, ruhig. Centrifugalzucker —.

London, 7. Februar, 2 Uhr 13 Minuten. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 45 Lstr. 15 Sh. — d. Zinn (Straits) 92 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zink 17 Lstr. 7 Sh. 6 d. Blei 9 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen, Mixed numbers warrants 46 Sh. — d.

London, 7. Februar. Chili-Kupfer 45 15/16, per drei Monat 46 7/16.

Hull, 7. Februar. Getreidemarkt. Englischer Weizen fester, fremder ruhig. — Wetter: Milder.

Liverpool, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen ½—1 d. höher. Mehl stetig. Mais ½—1 d niedriger. — Wetter: Schön.

Glasgow, 7. Februar, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 46 Sh. — d. Käufer, 46 Sh. 3 d. Verkäufer.

Glasgow, 7. Februar. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 4816 Tons gegen 4577 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 7. Februar. Wechsel auf London 4,85¾. Petroleum in Newyork 5,30, in Philadelphia 5,25, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certificates per März — D. 54⅜ C. Mehl 2 D. 90 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 80 C. Rother Weizen per Februar — D. 79 C., per März — D. 80 C., per Mai — D. 82 C. Getreidefracht 1,75. Mais per Februar 53⅝. Zucker 3 1/16. Schmalz loko 12,25. Kaffee Rio Nr. 7 18,25. Kaffee per März ord. Rio Nr. 7 17,60. Kaffee per Mai ord. Rio Nr. 7 17,10. Weizen Anfangs-Kours per Mai 82,75.

Newyork, 7. Februar. Bestand an Weizen 81 389 000 Bushel, do. an Mais 13 462 000 Bushel.

Chicago, 7. Februar. Schmalz per Februar 11,92, per Mai —,—.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 7. Februar. Die englischen Dampfer „Regalia" und „Kestrel" kollidirten heute Mittag bei dem Grodener Stack unweit Kuxhafen. Beide Fahrzeuge sanken auf den Grund. Die „Kestrel" ist voll Wasser. Die Besatzung ist gerettet.

Telegraphische Depeschen.

Charlottenburg, 7. Februar. Wie die „Charlottenburger Neue Zeit" erfährt, soll sich der Kaiser den stenographischen Originalbericht der Richter'schen Rede über die Sozialdemokratie zur Durchsicht eingefordert haben.

Triest, 8. Februar. Nach Meldungen aus Zante dauern die Erdstöße fort, so daß die allgemeine Befürchtung sich geltend macht, daß die Insel vollständig zu Grunde geht. Die Nothlage der Bevölkerung wird noch dadurch gesteigert, daß die außerordentliche Kälte fortdauert. Die bisher gesammelten Gelder in Höhe von 1½ Millionen Drachmen erweisen sich als ganz unzureichend. Das Elend ist unbeschreiblich.

Brüssel, 7. Februar. Die Polizei hat noch gar keine Spur von den Juwelendieben beim Grafen von Flandern. Alle bisherigen Hinweise sind müssiger Klatsch. Die Anfangs verdächtigte Dienerschaft hat jetzt für die Entdeckung der Diebe eine Belohnung von 200 Franks pro Kopf der Dienerschaft ausgesetzt.

Das von den Behörden abgelehnte Referendum über die Wahlrechtsfrage wird nunmehr in sammtlichen größeren Städten, soweit dieselben liberale Verwaltungen haben, außeramtlich, unter Mitwirkung der Gemeinderaths-Mitglieder veranstaltet. Die Vorbereitungen sind so weit gediehen, daß eine Volksabstimmung schon am nächsten oder diesem folgenden Sonntag stattfinden kann.

London, 7. Februar. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Assint von heute hat der Khedive seine Reise fortgesetzt und ist heute in Rodah eingetroffen. Auf beiden Ufern des Niles wurde demselben warmer Empfang bereitet.

London, 7. Februar, Nachts. Unterhaus. Der Präsident des Handelsamtes, Mandella, bekämpfte das Amendement Keir Hardies, welches ein Tadelsvotum sei; die Lage der englischen Arbeiter sei besser als die der festländischen, die sich im äußersten Elend befänden, indem die niedrigen Löhne derselben durch die hohen Preise in Folge des Schutzzollsystems sich noch schlimmer gestalteten. Die Regierung habe bereits durch die Einbringung mehrerer auf die Arbeiter bezüglichen Gesetze, sowie durch administrative Maßregeln ihr Interesse für die arbeitenden Klassen bekundet. Daher appellire die Regierung an diejenigen, die für die Arbeiter ein Interesse hätten, mit der Bitte, das von Keir Hardie vorgeschlagene Amendement nicht zu unterstützen, da dessen Annahme die Vorlagen, betreffend die Arbeiter, ebenfalls zu Falle bringen werde. Hierauf wurde das Amendement mit 276 gegen 109 Stimmen verworfen.

Petersburg, 7. Februar. Wie verlautet, wurde das vom Finanzminister ausgearbeitete Projekt einer Militärtaxe für alle vom Militärdienste Befreiten vom Zaren nicht genehmigt.

Newyork, 7. Februar. Der Senat hat heute den Auslieferungsvertrag mit Rußland ratifizirt.